

Zentrale Fragen im Rahmen des Seminars sind:

- Wie sehen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bei der Entwicklung einer neuen Technologie aus? Welche Interessen spielen hinein?
- Wie laufen Entscheidungsprozesse in einem Betrieb ab, wenn es um die Frage der Einführung einer neuen Technologie geht? Welche Kriterien sind maßgeblich?
- Welche Veränderungen verursacht der Einsatz einer neuen Technologie, etwa bei den Arbeitsbedingungen oder auf die Qualifikationsstrukturen der betroffenen Arbeitnehmer/innen.

Die Lehrveranstaltung im Sommersemester letzten Jahres war ein Erfolg und wurde von ca. 50 Teilnehmer/innen besucht. Ein leicht geändertes Konzept in diesem Jahr, nämlich die Durchführung als Block bis Ende Mai und die verstärkte Einbeziehung der Studierenden durch eigene Referate, trägt den Schwachpunkten des Vorjahres Rechnung.

Es ist geplant, das Seminar weiterhin jedes Jahr mit einer anderen Technologie als Schwerpunkt anzubieten und so eine Möglichkeit zu geben, die Auswirkungen des eigenen technischen Handelns zu hinterfragen und sich mit Wechselwirkungen der Technik mit Umwelt und Gesellschaft zu beschäftigen.

Harald Rohrer



Erfahrungen mit der Technikreform

Am 8. März 1988 berief Wissenschaftsminister Tuppy das erste Treffen einer "Arbeitsgruppe Technikreform" ein und konfrontierte sie mit einem sehr engen Auftrag. Um die Studien modernisieren zu können, sei eine drastische Stundenkürzung nötig. Bis jetzt sei Neueres nur dazuaddiert worden, was zu unmöglich langen Studienzeiten geführt habe. Dies und die zu große Zahl von kleinen Prüfungen (Lehrveranstaltungsprüfungen) werden als "reformverursachte Schäden" bezeichnet, die die Studierenden belasten. An die Arbeit der "alten" Technikreform im Bundesministerium (Stichwort: Fachübergreifende Lehre) sollte nicht angeknüpft werden, denn bevor man über neue Inhalte rede, müsse man sich Spielraum schaffen.

Die Ausgangssituation stellte sich für uns Studierende also nicht allzu günstig dar: über Inhalte der Studien zu reden wurde verpönt, die Reform sollte (wie üblich) "technokratischen"

Charakters sein. Als Vertreterin der Hochschülerschaft an der TU-Graz entschloß ich mich trotzdem zu einer konstruktiven Mitarbeit. Die Gründe dafür waren, daß die lange Studiendauer eines Technikstudiums für Studierende aus sozial schwächeren Schichten wirkliche Probleme mit sich bringen kann, sowie die Hoffnung, daß ich die Gedanken der ÖH zur Studienreform doch einbringen könnte (vgl. die Broschüre der ÖH: Zur Reform der Technischen Studien).

Kaum Geld für neue Forschungsgebiete

Anfänglich dominierte das Wissenschaftsministerium die Diskussion in der Arbeitsgruppe recht stark. Ich konnte mich des Eindruckes nicht erwehren, daß mögliche Kostenersparnis die Hauptquelle des Reformwillens darstellte. Später traten durchaus auch hochschulplanerische Wünsche ans Tageslicht: Für neue Forschungsgebiete oder zukunftssträchtige Studien (definiert über den Bedarf an der Wirt-

schaft natürlich) ist kaum Geld da, weil die "eingesessenen" Professoren eifersüchtig über ihre Pfründe wachen. Nun ergäbe sich eine günstige Gelegenheit für Umschichtungen, da in den nächsten zehn Jahren rund 50% der ordentlichen Professoren emeritieren. Die Zahl der Studierenden wird in Zukunft — in Zeiten sinkender Hörerzahlen — zu einem wichtigen Argument für finanzielle Wünsche der Institute werden.

In weiterer Folge verlagerte sich die Diskussion auf Fragen des Aufbaus der Studien. Einigkeit bestand in der Arbeitsgruppe, daß die breite Grundlagenausbildung (insb. im 1. Studienabschnitt) erhalten bleiben muß und Kürzungen bei spezialisierten und rascher veralternden Lehrinhalten ansetzen müssen.

Um aber dennoch zu gewährleisten, daß jede/r Studierende auch Methodik und Instrumentarium einer vertieften Beschäftigung mit einem Fach kennengelernt hat, sollen Vertiefungsrichtungen, aus denen der/die Student/in wählen

kann, eingerichtet werden. Die zur Zeit üblichen Wahlfachgruppen sind hierfür nicht geeignet. Sie sind zu starr und vermitteln zu viel spezialisiertes Wissen, welches sich im Gegensatz zur exemplarischen Vertiefung befindet, bei der die Methoden der wissenschaftlichen Arbeit in einem Fachgebiet im Vordergrund stehen. Die Arbeitsgruppe Technikreform beschloß, daß 35% der Stunden des 2. Abschnitts aus solchen vertiefenden Fächerkatalogen gewählt werden sollen und 15% der Stunden aus dem weiteren Lehrveranstaltungsangebot der eigenen Studienrichtung bzw. der Fakultät, ja sogar anderer Universitäten wählbar sind. Der Fächertausch müßte dafür aber zunächst fallen (die StudentenvertreterInnen wurden überstimmt).

Vorurteile

In der Arbeitsgruppe mußten wir auch etliche unangenehme Diskussionen durchfechten. Gegen das tiefsitzende Vorurteil (insb. der Professoren), die StudentInnen seien zum Großteil Tachinierer und im 1. Abschnitt außerdem noch unmündig, sind wir nicht wirksam genug angekommen. Trotz heftigster Argumentation bestanden die Professoren — kräftig unterstützt vom Vertreter der Wirtschaft — auf der Forcierung von Prüfungsketten und auf die schärfere Exekution des nur bedingt möglichen "fließenden" Überganges vom 1. auf den 2. Studienabschnitt.

Auch gegen ihre Vorstellungen zur Abschaffung der 5. Wiederholungsmöglichkeit einer Prüfung und zu einer Unterordnung der für die StudentenvertreterInnen wichtigsten Mitbestimmungsgremien, der Studienkommissionen, unter das Fakultätskollegium setzen wir uns zur Wehr.

Ich bin mir sicher, daß die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Technikreform ohne die Mitwirkung von uns Studierenden weit negativer ausgefallen wären. Für die nächste Zeit wird es darauf ankommen, die StudentenvertreterInnen in den Studienkommissionen, die das Reformkonzept begutachten werden, umfassend zu informieren und zu koordinieren.

Dazu wird die ÖH TU-Graz einen Informationsfalter in Zusammenarbeit mit den StudentenvertreterInnen aus Wien, Linz und Innsbruck erstellen.

Wibke Tritthart



Gründung des IFZ

GRÜNDUNG DES INTERUNIVERSITÄREN FORSCHUNGSZENTRUMS FÜR TECHNIK, ARBEIT UND KULTUR — IFZ

An anderer Stelle dieses Jahresberichtes ist von einem Symposium zum Thema "Die Stellung der österreichischen Universitäten im Wandel der Arbeitswelt — Möglichkeiten der Kooperation zwischen Arbeitnehmervertretung und Universitäten", das vom Studienreformreferat der ÖH-Technik organisiert wurde und im März 1987 stattgefunden hat, die Rede: Eine der vielen Ideen, die im Rahmen dieser Tagung entwickelt wurden, und in der Folge von VertreterInnen des Studienreformreferates sowie von Angehörigen der beiden Grazer Universitäten und der Arbeitnehmervertretung im Rahmen der sich regelmäßig treffenden "Arbeitsgruppe Kooperation" umgesetzt wurden, ist das IFZ, das Interuniversitäre Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur. Dieses IFZ geht auf den von Bürgermeister Alfred Stingl bei seiner Begrüßungsrede gemachten Vorschlag zurück, eine wissenschaftliche Einrichtung, ein Institut in Graz zu schaffen, das sich vor allem mit den Zusammenhängen zwischen der Entwicklung neuer Technologien und Veränderungen in der Arbeitswelt zu befassen hätte. Diese Idee wurde von vielen TagungsteilnehmerInnen aufgegriffen und es folgten rasch erste konkrete Realisierungsschritte.

Zunächst wurde ein tragfähiges Arbeitskonzept für das IFZ entworfen und, nach einer intensiven Diskussionsphase mit den für die Finanzierung in Frage kommenden öffentlichen Einrichtungen, verabschiedet.

In dieser Diskussion kam man zu folgenden, für die Identität des IFZ bedeutsamen Schlüssen:

1. Technische Innovationen haben spätestens seit der Industriellen Revolution Inhalt und Organisation der Arbeit in immer schnellerer Abfolge weitreichenden Änderungen unterworfen.

Aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen sind technische Neuerungen oft verbunden mit der Gefahr der Entwertung von traditionellem, arbeitsbezogenem Wissen, mit der Möglichkeit einer zunehmenden Kontrolle am Arbeitsplatz, die oft bis in die Privatsphäre hineinreicht, sowie mit der Bedrohung durch technologisch

bedingte Arbeitslosigkeit — um nur einige der befürchteten negativen Technologiefolgen zu nennen. Diesen stehen positive Auswirkungen und Chancen, wie neue Möglichkeiten der Requalifizierung von Arbeit, der individuellen Arbeitsgestaltung und der Verkürzung von Arbeitszeit gegenüber.

Auf gesellschaftlicher Ebene — soferne man "Gesellschaft" über den vorherrschenden Wirtschaftssektor definieren kann — mehrten sich die Anzeichen für eine Überlagerung der Industriegesellschaft durch eine Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft.

Das IFZ soll Beiträge zu einem besseren Verständnis der Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen der Entwicklung und dem Einsatz von Technologien und Veränderungen in der Arbeitswelt leisten.

2. Um zu einem adäquaten Verständnis der Bedeutung von Innovationen in der Arbeitswelt zu gelangen, scheint es notwendig, etwa die in bestimmten Phasen der Technologieentwicklung primär angestrebte Rationalisierung von Arbeit durch neue Technologien als Teilprozeß in einem Modell einer von Technik vermittelten und getragenen Umstrukturierung der gesamten Gesellschaft sowie ihrer Kultur zu verstehen. Somit bedürfen auch indirekte Folgen der Technisierung der Arbeit, etwa Konsequenzen für Freizeit und Alltag, aber auch die (Folgen der) Alltagstechnologien selbst der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit des IFZ.

Das IFZ soll Untersuchungen zu den lebensweltlichen, sozialen und kulturellen Wirkungen von Technologien anstellen.

3. Der Prozeß der Entstehung und Ausbreitung von Technologien ist bisher theoretisch erst mangelhaft beschrieben und erklärt. Fortschritte in der theoretischen Aufklärung des Innovationsprozesses sind aber die Voraussetzung dafür, daß einerseits Technologiefolgen rechtzeitig und umfassend erkannt werden und gegebenenfalls frühzeitig fördernde oder korrigierende Maßnahmen einsetzen können; andererseits bildet dieses theoretische Verständnis auch die Voraussetzung für eine bewußte Gestaltung von "Selektionsumgebungen", die die Sozial- und Umweltverträglichkeit von Technologien in einem höheren Maße sicherstellen als bisher.